

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	I
Inhaltsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	XI
Tabellenverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Symbolverzeichns	XXI
 Einführung	 1
A. Problemstellung	1
B. Zielsetzung und Gang der Untersuchung	4

### Teil 1

Leitbilder der Besteuerung von (Kapital-)Einkommen	7
A. Steuergerechtigkeit – Orientierung am Leistungsfähigkeitsprinzip?	7
I. Grundlagen des Leistungsfähigkeitsprinzips	7
II. Indikator steuerlicher Leistungsfähigkeit	10
1. Anknüpfung an Zielgrößen	10
2. Einkommen	12
3. Vermögen	17
4. Konsum	18
III. Zuordnungsobjekt der steuerlichen Leistungsfähigkeit	19
B. Ökonomische Effizienz	21
I. Entscheidungsneutralität als ökonomisches Verständnis von Steuergerechtigkeit	21
II. Investitionsneutralität	23
III. Finanzierungsneutralität	25
IV. Rechtsformneutralität	28
1. Was bedeutet Rechtsformneutralität?	28
2. Unternehmensbesteuerung	30
3. Körperschaftsteuersysteme	32
4. Wirkungen der klassischen Körperschaftsbesteuerung	37
V. Intertemporale Neutralität	40
C. Einfachheit und Praktikabilität	42

I. Über die Notwendigkeit von Steuervereinfachung	42
II. Reduzierung der Steuerarten	43
III. Einheitliche Bemessungsgrundlagenermittlung	43
IV. Tarif	45

## Teil 2

<b>Abgeltungsteuer in Deutschland</b>	<b>47</b>
<b>A. Gründe für die Einführung der Abgeltungsteuer</b>	<b>47</b>
I. Verhinderung von steuerlich motivierter Kapitalflucht	47
1. Deutschland als quellensteuerfreie Steueroase (bis 1988)	47
2. Von der „kleinen Kapitalertragsteuer“ bis zum Zinsurteil 1991	48
3. Zinsabschlag (1993 bis 2008)	50
4. Steuerflucht	53
5. Mit der Abgeltungsteuer verbundene Hoffnungen	55
II. Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung	56
1. Vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren	56
2. Erwartungen an die Abgeltungsteuer	60
III. Vereinfachung	62
1. „Steuerlich optimierte“ Kapitalanlagen dank der Quellentheorie	62
2. Abkehr von der Quellentheorie durch die Abgeltungsteuer	66
3. Vereinfachung durch Abgeltung statt Veranlagung	66
IV. Alternative Reformkonzepte	67
<b>B. Konzeptionelle Ausgestaltung der Abgeltungsteuer in Deutschland</b>	<b>72</b>
I. Der Abgeltungsteuer unterliegende Kapitalerträge	72
1. Abkehr von der synthetischen Einkommensteuer	72
2. Erweiterter Katalog der Kapitaleinkünfte in § 20 EStG	73
3. Exkurs: Sind Veräußerungsgewinne steuerlich zu begünstigen?	80
II. Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung	84
III. Vorschriften zur Eindämmung aus Sicht des Gesetzgebers unerwünschter Gestaltungen	88
1. Gläubiger und Schuldner sind einander nahe stehende Personen	90
2. Zahlungen an Anteilseigner, der zu mindestens 10 % am Schuldner beteiligt ist	92
3. Back-to-back Finanzierungen	92
4. Zinsschranke	93
IV. Werbungskosten	93
V. Verlustverrechnung	97
1. Grundsätze und Kritik	97
2. Verlustverrechnungsverfahren	99

VI. Veranlagungsmöglichkeiten	102
1. Überblick	102
2. Pflichtveranlagung zum pauschalen Steuersatz	104
3. Antragsveranlagung zum pauschalen Steuersatz	105
4. Wahlveranlagung zum individuellen Steuersatz („Günstigerprüfung“)	106
5. Pflichtveranlagung aufgrund unerwünschter Gestaltung	107
6. Wahlveranlagung bei „typischerweise unternehmerischen Beteiligungen“	108
7. Veranlagung aufgrund Subsidiarität	108
C. Beurteilung	110
I. Finanzierungs- und Rechtsformneutralität	110
1. Analyse der Kapitalkosten	110
a. Grundüberlegungen und Ausgangsgrößen	110
b. Kapitalgesellschaft und Selbstfinanzierung	112
c. Kapitalgesellschaft und Beteiligungsfinanzierung	113
d. Kapitalgesellschaft und Fremdfinanzierung	114
e. Personenunternehmen und Selbstfinanzierung	115
f. Personenunternehmen und Beteiligungsfinanzierung	117
g. Personenunternehmen und Fremdfinanzierung	118
h. Ergebnisse	119
2. Negative Nettobelastung von Gläubiger und Schuldner	120
II. Einfachheit	122
1. Grundsätzlicher Widerspruch einer Schedulensteuer und Vereinfachung	122
2. Nicht genutztes Vereinfachungspotential der Abgeltungsteuer	124
3. Einheitliche Besteuerung sämtlicher Kapitalerträge oder neues Chaos?	126
4. Besteuerungsppluralismus bei Erträgen aus Kapitalgesellschaftsanteilen	129
a. Beteiligungserträge im Betriebsvermögen einer Kapitalgesellschaft	131
b. Beteiligungserträge im Betriebsvermögen eines Personenunternehmens	132
c. Beteiligungserträge im Privatvermögen (Beteiligung < 1 %)	133
d. Beteiligungserträge im Privatvermögen (Beteiligung 1 % bis 25 %)	136
e. Beteiligungserträge im Privatvermögen (typischerweise unternehmerische Beteiligung)	136
III. Verhinderung von steuerlich motivierter Kapitalflucht	137
1. Das Besteuerungsverfahren bei grenzüberschreitenden Kapitalanlagen	137
a. Problem der internationalen Doppelbesteuerung	137
b. Vermeidung von internationaler Doppelbesteuerung	138
c. Kapitalflucht trotz Wohnsitzprinzip	140
2. Ermittlungsmöglichkeiten deutscher Finanzbehörden bei Auslandssachverhalten	142
a. Nationale Ermittlungsmöglichkeiten bei Auslandssachverhalten	142
b. Informationsaustausch und Amtshilfe in neueren DBA	143
c. EU-Zinsrichtlinie	144
d. Neueste Entwicklungen bei der Bekämpfung von Steueroasen	147
3. Ist die Abgeltungsteuer zur Vermeidung von Steuerflucht erforderlich?	151
IV. Wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung	152
D. Zwischenfazit	155

## Teil 3

<b>Alternative Ansätze zur Ausgestaltung der Abgeltungsteuer</b>	<b>157</b>
<b>A. Länderübersicht</b>	<b>157</b>
<b>B. Endbesteuerung in Österreich</b>	<b>163</b>
I. Hintergrund und Entwicklung der Endbesteuerung	163
II. Konzeptionelle Ausgestaltung	170
1. Der Endbesteuerung unterliegende Kapitalerträge	170
2. Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung	174
3. Gestaltungsmöglichkeiten und Missbrauchsvermeidungsvorschriften	175
4. Werbungskosten beziehungsweise Betriebsausgaben	178
5. Verlustverrechnung	179
6. Veranlagungsmöglichkeiten	180
III. Beurteilung	182
1. Finanzierungs- und Rechtsformneutralität	182
a. Kapitalgesellschaft und Selbstfinanzierung	182
b. Kapitalgesellschaft und Beteiligungsfinanzierung	182
c. Personenunternehmen und Selbstfinanzierung	184
d. Personenunternehmen und Beteiligungsfinanzierung	185
e. Fremdfinanzierungen	185
f. Ergebnisse	187
2. Einfachheit	188
<b>C. Abgeltungsteuer im Einkommensteuerentwurf der Kommission</b>	
<b>Steuergesetzbuch</b>	<b>190</b>
I. Hintergrund und Ziele des Entwurfes	190
II. Konzeptionelle Ausgestaltung	192
1. Der Abgeltungsteuer unterliegende Kapitalerträge	192
2. Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung	195
3. Ausnahmen von der abgeltenden Besteuerung	198
4. Werbungskosten	198
5. Verlustverrechnung	199
6. Veranlagungsmöglichkeiten	201
III. Beurteilung	202
1. Finanzierungsneutralität	202
2. Rechtsformneutralität	204
3. Einfachheit	206
<b>D. Zwischenfazit</b>	<b>209</b>

## Teil 4

<b>Eigener Lösungsvorschlag</b>	<b>213</b>
A. Leitgedanke einer möglichst einfachen Abgeltungsteuer	213
B. Probleme einer Abgeltungsteuer auf Beteiligungserträge	215
I. Nettoprinzip	215
II. Verlustverrechnung	216
III. Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung	217
C. Mögliche alternative Besteuerung der Beteiligungserträge	220
I. Begründung einer differenzierten Besteuerung der Kapitalerträge	220
II. Varianten der Ausgestaltung	222
D. Mögliche Ausgestaltung einer Abgeltungsteuer auf Zinserträge	224
I. Einheitliche Besteuerung von Zinserträgen im Privat- und Betriebsvermögen	224
II. Beibehaltung der Bruttobesteuerung und Verzicht auf Freistellungsauftrag	225
<b>Wesentliche Ergebnisse und Ausblick</b>	<b>227</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>229</b>
<b>Rechtsquellenverzeichnis</b>	<b>253</b>